

5 Fragen an ...

Interview: Matthias Engel
Foto: zvg



Thomas Egger

Nationalrat CSP,
Direktor SAB

ZUR PERSON

Thomas Egger (50) ist seit Juni 2017 Walliser Nationalrat. Der Geograph wohnt in Visp und pendelt jeden Tag nach Bern, wo er seit über 20 Jahren als Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB die Bundespolitik hinter den Kulissen mitgestaltet.

Was hat Sie dazu bewegt, sich als SAB-Direktor ein zweites Standbein in der Politik aufzubauen?

Durch meine berufliche Tätigkeit verfüge ich in allen Themenbereichen, die für die Berggebiete wichtig sind, über ein sehr breites Netzwerk und Wissen. Ich freue mich darauf, beides noch aktiver in die Bundespolitik einzubringen.

Sie stört, dass Berggebiete von Städten überstimmt werden. Gilt nicht «Wer zahlt, befiehlt»?

Leider schwindet in der urbanen Bevölkerung zunehmend das Verständnis für die Anliegen der Berggebiete. Die Berggebiete wollen kein Naturreservat für ein paar Wölfe sein. Wir sind ein attraktiver Arbeits- und Lebensraum. So kann z.B. die Digitalisierung eine riesige Chance für uns sein.

Sie fordern für die Berggebiete aber nicht mehr Subventionen, sondern weniger Bürokratie.

Ein konkretes Beispiel: 92% der Fläche der Lötschentaler Gemeinde Blatten stehen unter Schutz. Will sie ein kleines Wasserkraftwerk installieren, zur Energiewende beitragen und wertvolle Arbeitsplätze schaffen, scheitert sie jedes Mal an Einsprachen der Umweltverbände. Das Korsett ist so eng geschnürt, dass wir keine Luft mehr zum Atmen bekommen.

Besteht noch eine Chance, die Folgen der Zweitwohnungsinitiative politisch abzuschwächen?

Das Ja zur Initiative war ein harter Schlag. In der Ausgestaltung der Gesetzgebung ist es uns gelungen, Korrekturen vorzunehmen. Die Zweitwohnungsgesetzgebung

hat aber noch Konstruktionsfehler. So ist z.B. die Bestimmung, dass nur 50% eines unrentablen Hotels in Zweitwohnungen umgenutzt werden dürfen, völlig unsinnig. Wir werden deshalb zu gegebenem Zeitpunkt Korrekturen vorschlagen.

Welche Gefahr geht von der Verschärfung der Lex Koller aus?

Der Bundesrat möchte u.a. den Verkauf von gewerblichen Immobilien an Personen im Ausland wieder der Bewilligungspflicht unterstellen. Das würde insbesondere den Tourismus hart treffen, der gerade für Leuchtturmobjekte wie das Resort in Andermatt auf ausländische Investoren angewiesen ist. Der Ständerat hat zur Verschärfung dieses Punktes bereits nein gesagt. Umso unverständlicher ist es, dass die zuständige Bundesrätin ihn überhaupt zur Diskussion stellt.